



Vorwort:

Weihnachtszeit, unsere Partei **IIII** die **Basis** lädt alle Mitglieder am 16.12.2023 ab 16:00 Uhr zum Schwarmtreffen mit einer kleinen Weihnachtsfeier in Milse ein. Es wäre schön wenn alle dazu Beitragen und eine Kleinigkeit mitbringen. Außerdem wird es wie im letzten Jahr eine Wanderung geben.

Start: 28.12.2023, 14:00 Uhr, Sparrenburg

weitere Teilnehmer, ca. 14:45 ab Habichtshöhe

Ziel: ca. 18:00 Uhr Restaurant Kastanienkrug, Holter Str. 23, 33813 Oerlinghausen

Bitte besucht weiterhin unsere regelmäßigen Veranstaltungen wie Schwarmtreffen, Stammtische und Aktionen. Schaut mal auf unsere Internetseite unter Termine.

Auf unserer Homepage sind wieder neue Beiträge hochgeladen. Bei allen Beiträgen haben wir sorgfältig recherchiert um auch die Worte, die zwischen den Zeilen versteckt sind, zu beschreiben. Erfreulicherweise sind wieder Beiträge aus dem Scharm eingegangen. Habt Ihr Themen über die wir eine Kolumne schreiben sollen oder habt ihr eine Meinung die wir veröffentlichen sollen? Dann schreibt sie kurz auf und schickt sie bitte unserer kleinen "Redaktion" für diesen Newsletter.

Der neue Vorstand

Ansprechpartner: Jochen König presse.bielefeld@diebasis.nrw

Nach 2 Jahren Amtszeit haben wir am 18.11.2023 einen neuen Vorstand gewählt. Zahlreiche Mitglieder unserer noch jungen Partei die Basis trafen sich in einem Bielefelder Restaurant zur Wahl eines neuen Vorstandes. Der alte Vorstand blickt auf eine erfolgreiche 1. Legislaturperiode zurück. Darin gab es zahlreiche Erfolge, z.B.:

1. politische Treffen und Veranstaltungen:

Teilnahme an den Wahlen zu den Bundes- und Landesvorständen.

überdurchschnittlicher Erfolg bei den Landtagswahlen 2021

regelmäße Unternehmertreffs zur Vernetzung.

Vorträge zu Rechtsfragen bezüglich der Corona-Maßnahmen mit hochrangigen Vertretern.

Zahlreiche Arbeitsgemeinschaften (AG's), siehe Internetseite des SV Bielefeld

https://bielefeld.diebasis.nrw

Vortrag zum Bargelderhalt.

Regelmäßige Teilnahme an Demonstrationen.

2. Organisation von Treffen zum Kennenlernen und Spaß haben.

regelmäßiger Stammtisch in einem Bielefelder Restaurant

Veranstaltungen mit Künstlern

Weihnachtsfeier und -Wanderung

regelmäßige Schwarmtreffen

Historische Wanderung etc.

3. Kommunikation:

regelmäßiges Erscheinen der IIIIdieBasis Aktuell

zahlreiche Treffen mit Mitgliedern und Interessenten aus benachbarten Verbänden. formale- und inhaltliche Neugestaltung unserer Homepage https://bielefeld.diebasis.nrw

Der neue Vorstand wird diese Arbeiten energisch fortsetzen und weiterentwickeln. Wir wünschen Ihm dazu viel Erfolg.





Die Unfähigkeit zum Diskurs

Ansprechpartner: Jochen König presse.bielefeld@diebasis.nrw

Versuch einer Analyse zum gesellschaftlichen Kommunikationsverhalten

Als "Bielefeld steht auf" mit Gästen aus ganz NRW wieder eine Veranstaltung für Demokratie und gegen Bevormundung/Überwachung durchführte, standen auf der anderen Seite die Antifa, Omas gegen Rechts und weitere Bürger, auch mit Anti-Nazi Plakaten. Der Verfasser bemühte sich mit diesen Menschen ins Gespräch zu kommen. Viele von ihnen hätten eigentlich auf Grund Ihrer Einstellung bei uns vor dem Rathaus sein müssen. Das wollte aber niemand, weil die Meinung vorherrschte, dass wir alle Rechte oder Nazis sind. Der folgende Text ist dementsprechend der Versuch einer Analyse der Gründe für die verbreitete Unfähigkeit kompetent und sachlich miteinander zu reden.

Wie sich die Zeiten ändern

Willy Brandt (SPD) wollte mehr Demokratie wagen und fand breite Zustimmung. Egon Bahr (SPD) forderte Wandel durch Annäherung mit der damaligen SED, eckte aber auch bei Parteifreunden an (Herbert Wehner: Bahrer Unsinn). Prof. Dr. Ludwig Erhard schrieb sein Buch "Wohlstand für Alle" und erntete durchaus harsche Kritik in seiner eigenen Partei, insbesondere vom damaligen Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer.

Die wesentlichen Unterschiede zu heute. Über Ansichten wurde eher qualifiziert miteinander geredet, politische Kabaretts zogen die Politik(er) kompetent durch den Kakao, und im Bundestag gab es regelmäßig Debatten, die zumindest einen gewissen Stil hatten. Die Einführung der Notstandsgesetze trieb 1968 hunderttausende von Menschen auf die Straße. Natürlich gab es Spießbürgertum und Unmengen von Lesern der Bildzeitung. Die waren aber meist gewerkschaftlich organisiert, wählten fast alle SPD, und diese Partei kannte damals noch ihr Godesberger Programm. In den 80er Jahren gingen massenhaft Menschen für Frieden und Abrüstung und gegen Atomkraft auf die Straße. Studenten und Gewerkschafter waren häufig die Speerspitzen dieser Aktivitäten. Der Diskurs wurde hart, jedoch auch breiter und offener geführt. Aber viele nachdenkliche und kritische Menschen mussten in den vergangenen Jahren erleben, wie es zunehmend schwieriger wurde, sich über aktuelle Probleme sachlich auszutauschen.

Stagnation des Denkens und Verhaltensparadoxien

In der Tradition des offenen und faktenbasierten Diskurses hat der Verfasser in der Corona-Zeit Statistiken gewälzt, wegen des Ukraine Krieges etliche völkerrechtlich bindende Verträge gelesen und sich in Sachen Klima mit Forschung und Hintergründen beschäftigt, um qualifiziert mitreden zu können.

Versuchte er allerdings in Gesprächen anhand statistischer Daten (von Pfizer, Moderna, der Deutschen Krankenhausgesellschaft, dem RKI oder vom statistischen Bundesamt) zu hinterfragen, ob denn alles mit rechten Dingen zugeht, dann lagen die Reaktionen vielfach zwischen ignorieren und beschimpfen. So wurde er zum Corona-Leugner. Viele von uns haben Ähnliches und Schlimmeres zu Hauf erlebt.

Belegt der Verfasser im Gespräch anhand von Zitaten aus existierenden Staatsverträgen, dass der Hintergrund des Ukraine Krieges völkerrechtlich nicht so eindeutig ist, wie es normaler Weise propagiert wird, dann ist er Putin-Versteher. Er will natürlich, dass der Krieg sofort aufhört! Man muss aber auch Historie und beide Seiten sehen, um einen Ansatz für Friedensverhandlungen zu finden. Diese Denkweise ist zur Zeit aber gar nicht gefragt.



Stadtverband Bielefeld

In Sachen Klima ist die Berechnung des Anteils der Menschen an der Erwärmung und am steigenden CO₂ Gehalt eine rein akademische Frage. Schon wegen der zu schnellen Ausbeutung unserer Rohstoffe müssen wir nachhaltiger leben. Meeresspiegel und Temperaturen werden jedoch auch ansteigen, wenn wir uns ab sofort und in jeder Hinsicht gewaltig einschränken. Wir leben in einer Zwischeneiszeit, d.h. die Erde wird zunächst einmal komplett auftauen, bevor sie wieder ganz zufriert. Ferner führt die Präzession, ein Taumeln der Erdachse zu Klimaschwankungen. Wir hatten wir immer wieder besondere Wärmephasen, z.B. während der Zeit des Römischen Reiches (Römische Warmzeit oder Klimaoptimum) und im Hochmittelalter. Weil der Verfasser solche Dinge von sich gibt, ist er auch noch Klima-Leugner. Dass in Windkraftwerken und Wärmepumpen Giftgase verwendet werden (PFAS und SF6) wird ebenso weitgehend ignoriert wie das Problem der Batterien-Entsorgung und der ökologischen Katastrophen bei der Förderung und Verarbeitung Seltener Erden.

Stellt er dann auch noch die Frage, ob es ggf. Nutznießer der gegenwärtigen Krisen gibt, offenbart er sich endgültig als Schwurbler und Verschwörungstheoretiker.

Das waren nur drei Beispiele, welche die akute Unfähigkeit vieler Mitbürger zum sachlichen Diskurs belegen. Fasst man seine zuvor geäußerten, kritischen Standpunkte einmal im gegenwärtigen gesellschaftlichen Kontext zusammen, dann wird der Verfasser obendrein als Nazi betrachtet. Das hat zwar mit der Sache überhaupt nichts zu tun, dennoch wurde er als solcher schon mehrfach beschimpft. Tiefer und gemeiner kann man ihn übrigens nicht beleidigen.

Wie kommt unsere Gesellschaft wieder weg von <u>faktenfreier Diffamierung</u> und hin zum fundiert geführten Diskurs im unserem ureigenstem Interesse des Erkenntnisgewinns? Wenn uns der Skeptizismus zugesteht, dass unsere begründeten Überzeugungen über die Außenwelt falsch sein könnten, sollte dann das Hinterfragen von Dingen nicht eine zutiefst menschliche Eigenschaft sein? Stattdessen, so könnte man meinen, fürchten sich weite Kreise sehr davor. Warum ist das so?

Erkenntnisgewinn wird negativ konnotiert

Beleuchten wir diese Frage nach dem mangelnden Interesse am Erkenntnisgewinn einmal an einem praktischen Beispiel.

Wohl noch niemand hat am Ende einer Talkshow den folgenden oder einen ähnlichen Satz von einem Politiker gehört: "Lieber Herr Kollege von der Gegenpartei, ich habe heute wirklich etwas von Ihnen gelernt. Meine bisherige Position war falsch. Lassen Sie uns gemeinsam an einem Konzept nach Ihren Leitlinien arbeiten." Nein, in einer Talkshow gilt es, seine Meinung gebetsmühlenartig zu zelebrieren, sonst ist man umgekippt. Umgekippt heißt im Umkehrschluss jedoch, man hätte dazugelernt.

Die Formel lautet also, dazulernen = umkippen und umkippen = schlecht. Was führt zum umkippen? Fundierte Kritik. Erweitern wir unsere Formel also um Kritik = böse. Genau das wird uns in allerlei Diskussionsformaten ständig vorgeführt. Schließlich ist eine Talkshow ein Rededuell, und wer bei einem Duell verliert, wäre besser nicht hingegangen. Daraus folgt die Konnotation: Dazulernen = verlieren.

Prof. Dr. Axel Bänsch weist in seinem Buch "Einkäuferverhalten" nach, dass Menschen im Gespräch neben Gewinnzielen, dem Umweltgedanken, Sicherheit, Bequemlichkeit und Status auch Recht haben wollen. Wer also versucht, das Erkenntnisspektrum seines konträr denkenden Gegenübers zu erweitern, der kratzt an dessen Bequemlichkeit im Denken, an der Sicherheit seines Gedankengebäudes und an dessen Status, weil das Dazulernen = umkippen ist



und Kritik = böse. Wenn der Andere dann auch noch in Sachen "Recht haben" der Unterlegene sein soll, dann ist das Maß wirklich voll. Hätte das Gegenüber das Dazulernen positiv als Erkenntnis konnotiert, hätte es tatsächlich etwas gewonnen, nämlich Erkenntnis. In der Regel erfolgt diese Konnotation eben nicht. Genau deshalb wird versucht auf andere Weise zu gewinnen, eben durch abstruse Argumentation, Schubladendenken (Schwurbler, Leugner) oder Beschimpfung.

Die Unfähigkeit zum Diskurs in der Praxis

Wer vier Mal gespritzt und geboostert ist, wird im Diskurs aus den genannten Gründen nur in seltenen Fällen einen Erkenntnisgewinn akzeptieren. Neben der Einsicht, dass er sich massiv selbst geschädigt hat, käme nach Bänsch die Tatsache hinzu, dass er im Gespräch alle seine Ziele verloren hat, er also durch Dazulernen/Erkenntnis umgekippt ist, und das ist eben negativ, und die Schuld liegt bei der bösen Kritik, bzw. dem bösen Kritiker. Mit Logik ist da nichts mehr zu machen. Wie, aber, versetzt man weite Teile der Bevölkerung in eine derartige Geisteshaltung? Dazu folgt der Versuch einer Erklärung.

Im Zusammenhang mit dem Ukraine Krieg macht sich der Verfasser diesbezüglich besonders ernste Sorgen. Zunächst hieß es, wir liefern nur Helme, keine schweren Waffen. Daraus wurden erst Schützenpanzer, dann Kampfpanzer. Man wollte keine Kampfjets liefern. Die kommen jetzt aber auch. Nun sind Mittelstreckenraketen in der Debatte. Wann wird es um die Söhne und Töchter dieses Landes gehen?

Diskursverweigerung durch Ideologie, Gehorsam und Entmündigung

An dieser Stelle betrachten wir das wohl drastischste Beispiel der Deutschen Geschichte.

Dem Verfasser liegt es fern, das heutige Deutschland mit dem NS-Staat zu vergleichen. Dennoch ist es angemessen, sich mit den Strukturen und Mechanismen der damaligen Kommunikation zu beschäftigen, weil eben diese Strukturen und Mechanismen der Stagnation im Denken den Heutigen signifikant ähnlich sehen.

"Ich frage euch: Wollt ihr den totalen Krieg? Wollt ihr ihn, wenn nötig, totaler und radikaler, als wir ihn uns heute überhaupt noch vorstellen können?" Joseph Goebbels, Rede im Berliner Sportpalast ["Wollt Ihr den totalen Krieg"], 18. Februar 1943 Es folgte frenetischer Beifall!

"Wollt Ihr etwas, wovon Ihr Euch gar nicht vorstellen könnt, wie schlimm es sein wird?" Diese Frage ist so unfassbar dumm, dass sie nur einem ausgewähltem Publikum gestellt werden konnte.

welches von sich selbst und der herrschenden Ideologie komplett berauscht war,

das sich jeglichem Erkenntnisinteresse verweigerte und Skepsis nicht mehr zulassen konnte, weil man sonst Gewinn, Bequemlichkeit des Denkens, Sicherheit, Status und Recht verspielt hätte und damit umgekippt wäre.

Kritik war systemisch ohnehin nicht mehr zugelassen.

Das NS-Regime errichtete 1933/1934 einen totalitären Führerstaat. Alle Bereiche des öffentlichen Lebens wurden von der herrschenden Ideologie durchdrungen. Presse, Film und Literatur unterlagen einer strengen Zensur. Die Bürger wurden von Jugend an in NS-Massenorganisationen eingegliedert, deren Aufbau dem "Führerprinzip" entsprach.



Heute garantiert GG Artikel 5, Abs. 1 die Freiheit der Medien: "Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten."

Aber es gibt da ein weit auslegbares Gesetz, und es gibt die Weisungsgebundenheit unserer Staatsanwaltschaften.

§ 90a Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole

(1) Wer öffentlich, in einer Versammlung oder durch Verbreiten eines Inhalts (§ 11 Absatz 3)

die Bundesrepublik Deutschland oder eines ihrer Länder oder ihre verfassungsmäßige Ordnung beschimpft oder böswillig verächtlich macht... wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

Mit seiner Forderung "Mehr Demokratie wagen!" implizierte Willy Brandt, das es zu wenig davon in unserem Staate gab. Wäre das nach heutigen Gesetzen eine Verunglimpfung des Staates? Wenn unsere weisungsgebundene Staatsanwaltschaft entsprechend instruiert würde, ja!

Die meisten Medien sind in den Händen mächtiger Konzerne / Interessengruppen. S. Bürgerbrief Paderborn und "die Anstalt, 2015" und damit Mainstream, der Rest sind Schwurbler. Früher hätte man gesagt "Feindsender". Eine gesetzlich verordnete Gleichschaltung der Medien ist also heute nicht mehr nötig.

Fazit:

Mit diesem Beispiel will der Verfasser lediglich aufzeigen, welche maximalen Konsequenzen die allgemeine Verweigerung von Erkenntnisinteresse nach sich ziehen kann und wie bitter notwendig es ist, gegen Mechanismen zu arbeiten, die eine Gesellschaft in den Strudel absoluter Mainstream-Hörigkeit führen können, denn Mainstream ist nichts weiter als hübsch verpackte Ideologie.

Im politischen Sinne dienen Ideologien zur Begründung und Rechtfertigung politischen Handelns. Sie sind immer eine Kombination von bestimmten Weltanschauungen, z.B. Kommunismus, Konservatismus, Liberalismus oder Sozialismus, verbunden mit einer spezifischen Art des Denkens und des Wertsetzens.

Faschismus, also ultranationalistische, antiliberale und antidemokratische Bewegungen sowie Totalitarismus, also politische Herrschaft mit einem uneingeschränkten Verfügungsanspruch über die Beherrschten lassen sich als Ideologien bezeichnen, die das Individuum in letzter Konsequenz von jeglicher gesellschaftlicher Verantwortung entbinden und durch Gehorsam ersetzen.

Wir erleben derzeit wohl die Ideologie der Zeitenwende. Niemand kann diesen Begriff vollständig definieren. Es spielt auch kaum noch eine gesellschaftliche Rolle, welche Konsequenzen uns in diesem Kontext erwarten. Die Masse unserer Mitbürger folgt dem Mainstream und überlässt gehorsam das Denken und Handeln unseren sogenannten Eliten. Kritik ist aus den zuvor genannten Gründen nicht mehr angesagt. Sie wird Weise verurteilt, und zwar nach sehr ähnlichen Mechanismen, wie im Sportpalast. Diese bereits weit fortgeschrittene Stagnation verbreiteten Denkens, des wachsenden Gehorsams und die zunehmende Entbundenheit vieler Individuen von gesellschaftlicher Verantwortung durch Mainstream-Hörigkeit sind erschreckende Parallelen zum Goebbels Beispiel. Sie lassen sich in unserer heutigen Gesellschaft an wenigsten drei Faktoren belegen.



- 1. Weitreichende Verweigerung von Skeptizismus gegenüber der Ideologie der Zeitenwende und damit von Erkenntnisinteresse nach der Formel "Dazulernen ist Umfallen und Umfallen ist schlecht".
- 2. Abnehmende Wahlbeteiligung (55,22% bei den Landtagswahlen in NRW 2022 im Vergleich zu 86,1% im Jahre 1975) und damit
- 3. die weit verbreitete Unfähigkeit zum Diskurs.

Träfe alles oben Gesagte nicht zu, wären wahrscheinlich mehr Menschen zum Entwickeln und zum Verstehen fundierter Kritik in der Lage. Würden sie diese diskursiv nutzen, sähe unsere Welt demokratischer, gerechter und friedlicher aus.

Was bleibt also zu tun?

Stadtverband Bielefeld

- 1. Strategisch geplante öffentliche Gesellschaftskritik (positiv und negativ).
- 2. Weg durch die Instanzen: Lokalpolitik, Kommunalpolitik und weiter.
- 3. Zusätzliche Kommunikation durch ein Printmedium (regionalisierter Bürgerbrief), das gezielt und aktiv außerhalb unserer Blase verteilt werden kann.
- 4. Weiterhin Gespräche suchen, wenn es auch schwer ist.
- 5. Wer noch nicht oder nicht mehr aktiv in unserer Partei **IIII** die **Basis** mitmacht, raffe sich auf!
- 6. Vernetzen, vernetzen, vernetzen!

EU-Wahl: dieBasis hat ihre Kandidaten für das Europäische Parlament gewählt

Ansprechpartner: Gustav Wiesecke gustav.wiesecke@diebasis.nrw

Eine Pressemitteilung der Redaktion der dieBasis Bund vom 14.11.2023 Nathalie Sanchez Friedrich, Beauftragte für Medien und Kommunikation

Berlin, 14. November 2023.

Am vergangenen Wochenende wählte die Basisdemokratische Partei Deutschland, kurz die Basis, auf ihrer zweitägigen diszipliniert durchgeführten Aufstellungsversammlung in Schleswig-Holstein die Listenkandidaten zur EU-Wahl im kommenden Jahr. Die zwanzigköpfige Bundesliste wird nun mit Unterstützung der Mitglieder in die Wahlkampfvorbereitung starten.

Die Partei die Basis tritt bei der Europawahl 2024 mit einer Bundesliste von 20 Kandidaten aus neun Bundesländern an, davon sechs Frauen und 14 Männer. Stand November 2023 hat die Basis bundesweit rund 25.000 Mitglieder und mit mehr als 50 Prozent weiblichen Mitgliedern verzeichnet sie derzeit den höchsten bekannten Frauenanteil unter allen bundesdeutschen Parteien.

Im Vorfeld der Aufstellungsversammlung wurde durch die Arbeitsgemeinschaft EU und Europa eine erste Mitgliederbefragung zu generellen Positionen der Partei zur Europäischen Union durchgeführt. Zur Demokratisierung und Reformierung dieses Staatenverbundes EU sei laut Befragung die deutliche Reduzierung der Macht von EU-Institutionen und die Schaffung basisdemokratischer/direktdemokratischer Strukturen anzustreben. Aber die Mitglieder zeigten auch wenig Widerstand für das Ziel einer geordneten Auflösung der EU und den Übergang in einen Bund souveräner Staaten.



Ellèn Hölzer auf Platz 1, Fachanwältin für Arbeitsrecht aus dem Rhein-Sieg-Kreis (Nordrhein-Westfalen), erklärt:

"Ein Abgeordneter im EU-Parlament wird nicht dazu ausreichen, die bis jetzt "geschliffene" EU zu verändern. Ich trete dafür an, die Partei dieBasis bekannt zu machen, damit jeder weiß, welche Ziele dieBasis verfolgt und welche Werte sie vertritt. Erst dann können wir tatsächlich auf nationaler Ebene gestalten, so z.B. den Anstoß geben für eine Volksbefragung zum Austritt aus der EU."

Listenkandidat auf Platz 2 wurde **Anton Körner** aus dem Kreisverband Aller-Weser-Wümme (Niedersachsen), der dafür plädiert, alle Chancen zu nutzen, um die Stimme zu erheben und gegen die Mainstream-Meinung anzureden. "Wir müssen Netzwerke aufbauen und die EU daran erinnern, dass sie einmal auf der Prämisse des Liberalismus und auf den Werten der Französischen Revolution gegründet wurde, und sie damit auch an ihr Subsidiaritätsversprechen erinnern."

Auf Platz 3 der Bundesliste wurde **Isabel Graumann** aus dem Kreisverband Donau-Ries (Bayern) gewählt. Sie ist Hebamme, arbeitet im sozialpädagogischen Bereich für besonders belastete Familien und ist seit 2018 aktiv für den "Hebammengeleiteten Kreißsaal" und den Aufbau eines Familienzentrums. "Mein wichtigstes Thema im EU-Parlament ist zunächst die Verhinderung des WHO-Pandemievertrages bzw. der Ausweitung der IHR (International Health Regulations). Aus meiner Sicht müssen wir zeitnah in den Ländern Volksabstimmungen initiieren und zeitgleich die Durchführungsverordnung zu Volksabstimmungen auf Bundesebene einfordern."

Die weitere Europaliste der Basisdemokratischen Partei Deutschland sieht wie folgt aus:

- 4. Dirk Gintzel, Nordrhein-Westfalen
- 5. Michaele Kundermann, Hessen
- 6. Rüdiger Schapner, Hessen
- 7. Wolfgang Sälzer, Nordrhein-Westfalen
- 8. Klaus Sauerland, Niedersachsen
- 9. Wolfgang Bosswick, Bayern
- 10. Robert Wiederhöft, Berlin
- 11. Isabell Strasser, Bayern
- 12. Sabine Borries, Rheinland-Pfalz
- 13. Silke Editha Roetger, Nordrhein-Westfalen
- 14. Christian Reuter, Berlin
- 15. Ralf Müller, Bayern
- 16. Michael Kunz, Rheinland-Pfalz
- 17. Daniel Lux, Schleswig-Holstein
- 18. Rainer Rocholl, Rheinland-Pfalz
- 19. Olaf Hintz, Bremen
- 20. Bernd. W. Meyer, Berlin

In den Kandidatenvorstellungen wurde zudem mehrfach die Wichtigkeit von Aufklärung über geplante Gesetze sowie die zentralen Anliegen wie Bürgerbeteiligung, Demokratisierung der EU-Institutionen, Subsidiarität, eine konsequente Friedenspolitik sowie Bargelderhalt betont.

"Als Realisten wissen wir, dass wir mit wenigen Mandaten auch wenig direkten Einfluss haben.", so Sven Lingreen, Bundesvorsitzender der Partei. "Unser erklärtes Ziel ist es aber, den Bürgern





von Lobbyismus, Geldverschwendung und Korruption in der EU zu berichten. Damit leisten wir sicherlich einen Beitrag dazu, dass Schadensersatz von Pfizer & Co. sowie den EU-Verantwortlichen wie Ursula von der Leyen gefordert wird."

Presseanfragen an die Partei:

Stadtverband Bielefeld

Nathalie Sanchez Friedrich

Beauftragte für Medien und Kommunikation

Email <u>presse@diebasis-partei.de</u> Link: <u>https://diebasis-partei.de/</u>

Basisdemokratische Partei Deutschland - dieBasis

Die Partei die Basis zählt aktuell rund 25.000 Mitglieder und nahm seit ihrer Gründung am 4. Juli 2020 im hessischen Kirchheim an zehn Landtagswahlen, vier Kommunalwahlen sowie der Wahl zum 20. Deutschen Bundestag teil. Auch zur Wahl des Europäischen Parlaments wird sie antreten. die Basis lehnt jede Form von Extremismus ab und hat sich aus der Mitte der Gesellschaft, die für ihre Freiheitsrechte eintritt, gegründet. Werte wie Respekt und Begegnung auf Augenhöhe werden u. a. durch die drei Säulen Freiheit, Machtbegrenzung und Achtsamkeit symbolisiert. Der große Wunsch nach basisdemokratischer Politik, die im freien und achtsamen Zusammenwirken die menschlichsten und nachhaltigsten Lösungen findet, wird vor allem durch die Säule Schwarmintelligenz zum Ausdruck gebracht.

Über das Temperaturempfinden und die Farbkodierung der Wetterkarte

Ansprechpartner: Gustav Wiesecke gustav.wiesecke@diebasis.nrw

<u>Passen die Farben der Temperaturwetterkarten zur</u> physiologischen Realität und der eigenen Wahrnehmung?

Ein Beitrag von Dr. Klaus Mengedoht

Die Luft-**Temperatur** ist eine physikalische <u>Zustandsgröße</u>, welche die mittlere kinetische Energie pro Luft-Teilchen und "Bewegungstyp" beschreibt. Die Temperatur ist damit ein Maß für den durchschnittlichen ungerichteten, also zufälligen, Bewegungsenergieanteil (kinetische Energie) einer Ansammlung von Luft-Teilchen.

Die Wärmeempfindung des Menschen beruht nicht unmittelbar auf der Temperatur, sondern auf dem Wärmestrom auf und über die Haut. Temperaturen oberhalb der Oberflächentemperatur der Haut fühlen sich warm an, solche unterhalb empfinden wir als kalt.

Für den Wärmestrom über die Haut spielen zusätzlich **Wind/Luftzug** und **Luftfeuchtigkeit** eine große Rolle, wodurch die Wärmeempfindung trotz gleicher physikalischer Lufttemperatur unterschiedlich verändert wahrgenommen wird. Diese gefühlte Temperatur (Kühlgrenztemperatur) unterscheidet sich teilweise erheblich von der tatsächlichen physikalischen Temperatur.

(Quelle: https://www.chemie.de/lexikon/Temperatur.html).

Was ist die **Kühlgrenztemperatur**? Sie berechnet sich aus der Kombination von Lufttemperatur und Luftfeuchtigkeit. Die Kühlgrenztemperatur ist die tiefste Temperatur, die vom Körper mit





Verdunstungskühlung (Schwitzen) erreicht werden kann; sie liegt in der Regel deutlich unter der Lufttemperatur. Man muss sich das so vorstellen: Je trockener die Luft ist, desto mehr Schweiss kann der Körper verdampfen, und desto tiefer ist die Kühlgrenztemperatur.

Bei 38 Grad Lufttemperatur und niedrigen 30 Prozent Luftfeuchtigkeit beträgt die Kühlgrenztemperatur 24 Grad, ist also für den Körper Problemlos zu ertragen. Bei einer (hypothetischen) Luftfeuchtigkeit von 100 Prozent aber, wenn gar kein Schweiss mehr verdunsten könnte, wäre die Kühlgrenztemperatur gleich hoch wie die Lufttemperatur, also 38 Grad (Quelle: Dr. med. Susanna Stöhr und Dr. med. Christine Marty, Arbeitsmedizinerinnen im Buch «Extrem - Was unser Körper zu leisten vermag »> von Hanns-Christian Gunga).

Es gibt einen idealen Temperaturbereich, in dem sich alle Menschen wohlfühlen. Der liegt zwischen 18 und 25 °C. (Quelle: Biometeorologe Andreas Matzarakis https://www.galileo.tv/gesundheit/hitze-kaelte-temperaturen-empfinden-mensch-unterschiedlich/).

Wie fühlen wir Temperaturen? In unserer Haut verfügen wir über <u>Kalt</u>- und <u>Warmrezeptoren</u>, die im Bereich von 15° bis 45 °C arbeiten und vor allem Hauttemperaturveränderungen melden, bei konstanter Hauttemperatur uns aber auch das aktuelle Temperaturniveau fühlen lassen: frostig, kalt, angenehm, warm, sehr warm, heiß. **Und "indifferent", neutral - d.h.:, weder warm noch kalt.**

Die als neutral empfundene Hauttemperatur, die <u>Indifferenztemperatur</u>, liegt für Unbekleidete (also fürs Freibad) bei 28 – 29 °C, für Bekleidete (Zimmertemperatur) bei ca. 21 – 22 °C. Es ist der Temperaturbereich, in dem die Impulsraten der Kalt- und Warmrezeptoren annähernd identisch sind. Die <u>Indifferenztemperatur</u> ist diejenige Lufttemperatur, bei der unser Körper ein <u>Minimum</u> an <u>Wärmeregulation</u> betreiben muss.

Die Indifferenztemperatur kann individuell variieren: sie ist abhängig vom Ausmaß des <u>subkutanen Fettgewebes</u> (auch Unterhautfettgewebe), dem Körperbau und der Stoffwechsellage - z.B. bei Neugeborenen ist die Indifferenztemperatur ca. 3 bis 7 °C höher, da Neugeborene eine relativ große <u>Körperoberfläche</u> und im Vergleich geringere Menge Unterhautfettgewebe besitzen.

(Quelle: Med. Fachwissen).





Stadtverband Bielefeld

Ordnen Sie den Farben die für Ihr Empfinden passenden Temperaturbereiche zu! Wählen Sie zuerst die gefühlt passenste Farbe für die Indifferenztemperatur (21°) aus und markieren diese mit einem X.

Grün-Gelb Grün Gelb Gelb-Orange Orange Rof-Orange

Dann zeichnen Sie unten im Kreis Pfeile / Linien von den Temperaturbereichen zur jeweils gefühlt best-passenden Farbe:

-20 < (-20 bis -11) (-10 bis -01). Frost:

Unterhalb Indifferenztemperatur: (0-4) (5-9) (10-14) (15-19)

(20-24) (25-29) (30-34) (35-39) >40 Grad Ab Indifferenztemperatur:



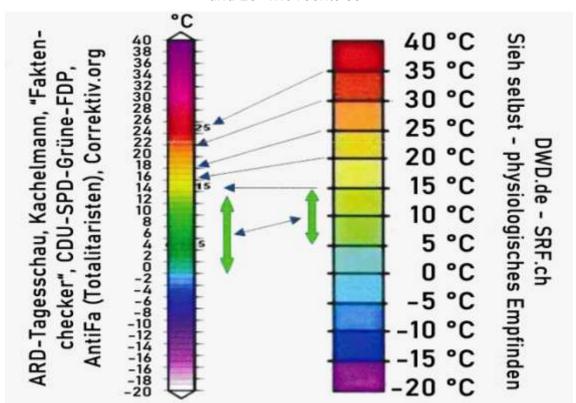


Die beiden hier gezeigten Temperaturfarbskalen haben bei 15 °C beide die **gleiche** Farbe - ein neutrales Gelb. Oberhalb und unterhalb unterscheiden sie sich deutlich:

- 1.) Indifferenztemperaturbereich: links bereits Übergang ins Rötliche, rechts ein neutrales noch kühles Gelb. Die linke Skala visualisiert also 15°-16° als indifferent, was physiologisch falsch ist.
- 2.) 25-30 Grad: links bereits ein tiefes starkes Rot, rechts ein mild-warmes Ocker.
- 3.) 30-35 Grad: links schon Übergang ins Violett, rechts ein mildes Rot.

In Zahlen:

die Skala links zeigt 16° an wie rechts 20°, 18° wie rechts 25°, 22° wie rechts 30° und 26° wie rechts 35°



Mit der linken Skala werden die Temperaturen oberhalb 15 °C stark überschätzt. Die Kühle unterhalb 15 °C wird gefährlich unterschätzt, insbesondere die Kältezone abwärts durch Verbreiterung des grünen Bereichs bis 0 °C.

Die ARD verwendet derzeit (Stand November 2023) oberhalb 15 °C die linke Farbskala, aber unter 15 °C die rechte.





Ein Signal für Bielefeld?

presse.bielefeld@diebasis.nrw Ansprechpartner: Jochen König

"Die rot-grüne Koalition in Hannover ist gescheitert. Die SPD hat sie platzen lassen – und will einen Neustart.

Hannovers SPD hat das Ratsbündnis mit den Grünen aufgekündigt. Das gaben SPD-Parteichef Adis Ahmetovic und Fraktionschef Lars Kelich bei einer Pressekonferenz am Montag bekannt. "Wir wollen einen Neustart der Kommunalpolitik, daher müssen wir die Koalition beenden", sagte Ahmetovic. Es habe immer wieder Verwerfungen zwischen Rot-Grün gegeben. SPD-Fraktionschef Kelich ergänzte, dass man seit Wochen keine Einigung erzielt habe. Die "Lähmung der Stadtpolitik" wolle man nun beseitigen.

Zuletzt hatte es große Differenzen in Bezug auf das Innenstadtkonzept für die Landeshauptstadt gegeben. Oberbürgermeister Belit Onay (Grüne) plant bis 2030 eine weitgehend autofreie City. Über diese Pläne sei laut SPD zu spät informiert worden..."

In Bielefeld gilt ein ähnliches Planungskonzept für die Innenstadt und vielleicht auch ein ähnliches Spannungsverhältnis in der Rathauskoalition.

Die Stadt Bielefeld hat einen Vertrag mit dem Radentscheid Bielefeld unterschrieben. Der komplette Text ist unter: file:///I:/Bibliotheken/Downloads/Vertrag_Radentscheid.pdf nachzulesen. Er enthält folgende Schwerpunkte:

- 1. Pro Jahr mindestens 10 Kilometer Fahrradstraßen errichten
- 2. Pro Jahr an Hauptstraßen mindestens 5 Kilometer geschützte Radwege errichten
- 3. Pro Jahr mindestens 5 Kreuzungen oder Kreisverkehre um- oder neu gestalten
- 4. Jährlich mindestens 5 Ampelkreuzungen optimieren
- 5. Jährlich 5 km Radschnellwege für den Berufs- und Pendelverkehr errichten
- 6. Fahrradstellplätze umfassend ausbauen
- 7. Radverkehrsanlagen nutzbar halten
- 8. Eigene Fahrzeuge ab 3,5 t mit elektronischen Abbiegeassistenten ausstatten
- 9. Eine Fahrradstaffel des Ordnungsamtes einrichten
- 10. Für die Nutzung des Fahrrades werben
- 11. Die Umsetzung der Maßnahmen qualitativ hochwertig gestalten

Dazu kommen der Fahrradbunker unter dem Bahnhof für zunächst 2.000 und später bis 4.000 Räder und die "autoreduzierte" Umgestaltung von Bahnhofsvorplatz und Altstadt. Der Verfasser ist sehr sicher, dass auch bei diesen Projekten die Kosten aus dem Ruder laufen werden. Wie wäre es, wenn man den Bestand an länger vorhandenen Radwegen zunächst in Schuss halten würde.

Die NW titelte am 05.09.23 wie folgt

"Eine Frechheit": Die nächste große Verkehrsbaustelle im Bielefelder Süden sorgt für Ärger

In Brackwede soll direkt im Anschluss an den Umbau der Hauptstraße eine neue Mobilitätsstation an einer zentralen Kreuzung gebaut, die Berliner Straße für den Radverkehr einspurig werden - und die Betroffenen sollen nicht mitdiskutieren.

... und es geht immer weiter!





Umbaupläne:

Heeper Straße in Bielefeld wird zur Tempo-30-Zone ohne Parkplätze

Die Straße im Bielefelder Osten wird auf 2,6 Kilometern Länge umgebaut: Nur eine Fahrspur pro Richtung, breitere Rad- und Gehwege, Linienbusse geben das Tempo vor.

https://www.nw.de/lokal/bielefeld/mitte/23722540_Heeper-Strasse-in-Bielefeld-wird-zur-Tempo-30-Zone-ohne-Parkplaetze-v1.html

Manchmal wünscht sich der Verfasser Hannoveraner Verhältnisse. Auf jeden Fall hält die Partei **Illidie Basis** als Einzige einen entsprechenden Dialog mit betroffenen Bürgern in allen diesen Belangen für unerlässlich.

Atomkraft, ja bitte ...

Ansprechpartner: Jochen König presse.bielefeld@diebasis.nrw

... oder zu schön, um wahr zu sein?

Brockdorf, Grohnde, Brunsbüttel und wie sie alle hießen. Als Gegner der Nutzung von Kernkraft war der Verfasser dort überall unterwegs. Sicherheitsbedenken, die Produktion von waffenfähigem Nuklearmaterial und Endlagerprobleme waren die Hauptgründe dafür.

Auf Demos wurde in jüngster Zeit immer wieder die Forderung nach Kernenergie laut. Kraftwerke seien inzwischen ziemlich sicher, hieß es dann. Das trifft nicht zu! Fällt die Kühlung aus, kommt es zur Kernschmelze. Tschernobyl und Fukushima sind Beispiele. Inzwischen arbeitet eine private Gruppe mit deutscher Beteiligung an der Entwicklung eines DUAL-FLUID Reaktors (DFR).

Wo liegen die Unterschiede im Vergleich zu herkömmlichen Kernkraftwerken?

- 1. Es gibt keinen Festbrennstoff. Statt dessen eine salzhaltige Flüssigkeit (Fluid 1), die radioaktives Material enthält, dass zuvor aus allen möglichen Nuklearabfällen ausgewaschen wurde.
- 2. Kritikalität und Sicherheit: Vereinfacht ausgedrückt bedeutet Kritikalität die Geschwindigkeit und damit die Intensität der Kettenreaktion. Fällt die Kühlung weg, heißt das bei Brennstäben Gau, wenn gar kein Stopp mehr möglich ist.

Die Flüssigkeit im Reaktor eines DUAL-FLUID Kraftwerkes hat eine Betriebstemperatur von 800°C und dehnt sich bei Überhitzung wesentlich stärker aus als herkömmliches Material. Dadurch vergrößern sich die Abstände des Spaltmaterials und die Temperatur kann lediglich auf max. 1.000 °C. steigen. Sie liegt bei einem Kohlekraftwerk bei etwa 1.200 °C.

Sollte es dennoch zu erhöhten Temperaturen kommen, schmilzt ein Verschlussstopfen am Boden der Brennkammer. Die Flüssigkeit verteilt sich dann in einem speziell dimensionierten Auffangbecken und die Kritikalität wird naturgesetzmäßig auf einen sicheren Faktor reduziert.

- 3. Dimensionen: Ein 300 Megawatt Reaktor hat eine Kantenlänge von etwa 1,2 x 1,2 x 1,2 m. Ein modernes Kohlekraftwerk erzeugt etwa zwischen 750 MW* und 1.025 MW, Kessel und Brennkammer sind als Baueinheit bis 120 m hoch. Ein weiteres DUAL-FLUID Kraftwerk mit 1.500 MW ist in der Entwicklung und misst etwa 3,0 x 3,0 m.
- *1 MW [Megawatt] entspricht 1.000 kW [Kilowatt] oder 1.000.000 W [Watt]
- 4. Wärmeleitung: Flüssiges (erhitztes) Blei (Fluid 2) transportiert Hitze aufgrund seiner hohen Dichte in einem Kreislauf effizient. Weiterhin bietet Blei ein hohes Maß an Sicherheit gegen Strahlung, sollte es zu einem Leck zwischen Brennkammer und Bleikreislauf kommen. Mit dem heißen Blei wird in einem Wärmetauscher Wasser erhitzt und kann für Industrieprozesse,





Fernwärme oder Stromerzeugung genutzt werden.

- 5. Stabilität: In den sechziger Jahren scheiterte man bei der Suche nach Materialien, die ausreichend hitze- und korrosionsbeständig waren. Inzwischen existiert Hochleistungskeramik, die im 3D-Druck zu Brennkammern gefertigt werden kann.
- 6. Altlasten: Stark wie schwach radioaktives Material aus sogenannten Endlagern wird wiederverwendet. Nur äußerst schwach radioaktive Restabfälle verbleiben und haben bei sehr geringfügiger Menge lediglich noch eine Verfallzeit von 300 Jahren. Die Endlagerproblematik ist damit nahezu komplett gelöst.

Fazit: Die Wärmeleistung ist ebenso geeignet für industrielle Prozesse, wie zur Erzeugung von Strom und Fernwärme. Restmaterial aus Salzstöcken kann verwendet werden. Die Endlagerkosten werden maximal reduziert. Geeignetes, spaltbares Material ist somit langfristig verfügbar. Der Betrieb eines DUAL-FLUID Kraftwerkes ist weniger personalintensiv.

Stellt sich die Frage, warum die Ampel der "Klimakrise" mit Umweltverschmutzung und nicht mit Forschung begegnet? Siehe auch: Giftgrüne Energiewende: https://bielefeld.diebasis.nrw/giftgruene-energiewende/

"... Nach erneuten Forderungen der FDP und der AfD nach einer weiteren Nutzung der Atomenergie hat Kanzler Olaf Scholz die Debatte für beendet erklärt. "Die Kernkraft ist zu Ende. Sie wird in Deutschland nicht mehr eingesetzt", sagte der SPD-Politiker im Deutschlandfunk-Interview mit Hinweis auf die gesetzlichen Beschlüsse. "Das Thema Kernkraft ist in Deutschland ein totes Pferd..." https://www.tagesschau.de/inland/scholz-atomkraft-100.html

Siehe hierzu auch den Beitrag von Volker Eyssen im Corona-Ausschuss, Sitzung 58: Bitte weitergehen, hier gibt es nichts zu sehen:

https://odysee.com/@Corona-Ausschuss:3/Volker-Eyssen---Sitzung-58-Bitte-weitergehen,hier-gibt-es-nichts-zu-sehen:9

Als die Partei **III** die **Basis** wünschen wir uns einen offenen Diskurs, statt ideologischem Festhalten an der Energiewende unter Nutzung schädlicher Stoffe, wie z.B. PFAS und SF6 sowie der umweltgefährdenden Förderung und Verarbeitung seltener Erden.

Schwarmtreffen

Vergesst bitte unsere regelmäßigen Treffen nicht und bringt viele gute Ideen und Freunde mit. Unser nächstes Schwarmtreffen findet am 16.12.2023 im Rahmen einer kleinen Weihnachtsfeier statt, seid gespannt und besucht das Treffen zahlreich. Der Ort wird auf der Homepage bekannt gegeben. Besucht auch das regelmäßige Stammtischtreffen im Restaurant Kreta, nächster Termin 14.12.2023 ab 19:00 Uhr. Besucht auch die Veranstaltungen die von Mitgliedern organisiert werden.

Alle Termine sind auf unserer Homepage https://bielefeld.diebasis.nrw/ zu finden. Weitere Informationen findet ihr auf: https://nrw.diebasis.nrw/news/.

IIIIdie **Basis** Stadtverband Bielefeld

Pressesprecher Jochen König Schriftführer Gustav Wiesecke